

Schub durch Rock

Die heiße Phase im Konflikt über kürzere Wochenarbeitszeit hat begonnen. Ein Streik scheint unvermeidlich.

Anfang April, bei viel Sonne vielleicht schon eher, werden die Mitarbeiter der Frankfurter IG-Metall-Zentrale eine hübsche Überraschung erleben.

In den Blumenbeeten vor dem Verwaltungsgebäude in der Wilhelm-Leuschner-Straße werden Tulpen und Krokusse aus dem Boden wachsen. Die Pflanzen sind so gruppiert, daß sie die Zahl 35 erblühen lassen: das Wunschziel der Gewerkschaft im Kampf für kürzere Wochenarbeitszeiten.

Die Blumen-Werbung ist eine der netteren Aktionen aus dem Repertoire der IG Metall. Daß die Gewerkschafter es nicht bei so gefälligen Gags belassen werden, daß sie im Streit um die 35-Stunden-Woche alle Kampfmittel einsetzen werden – dies führten sie letzte Woche, nach dem Auslaufen der Friedenspflicht, schon vor.

Im Ruhrgebiet, wo Metallindustrielle und Gewerkschafter sich zu einer neuen Verhandlungsrunde trafen, legten Metallwerker die Arbeit nieder und zogen in einem Protestmarsch vor das Verhandlungslokal in Gelsenkirchen. Mit Spruchbändern und Sprechhören forderten sie die Arbeitgeber auf, ihren Widerstand gegen die 35-Stunden-Woche aufzugeben.

In Hamburg, wo Arbeitgeber und Gewerkschaft ebenfalls zusammentrafen, fuhren Metaller in einem Autokorso zum Verhandlungsort und sprengten die Gesprächsrunde.

Mit Superlativen wird in dieser Zeit nicht sparsam umgegangen. „Im Jahr 1984“, schrieb IG-Metall-Chef Hans Mayr an seine Mitarbeiter, „werden wir den voraussichtlich schwersten Tarifkampf seit 1945 zu bestehen haben.“

Das kann durchaus so kommen. Noch nie wohl seit dem Wiederaufbau standen sich die Tarifparteien so unversöhnlich gegenüber. Noch nie auch war der Streitpunkt von so grundsätzlicher Bedeutung.

Zur Debatte steht nicht nur, ob die Deutschen ein paar Stunden weniger arbeiten. Zur Debatte steht auch die Zukunft der bundesdeutschen Industriegesellschaft – ob die Bürger bereit sind, die knapper werdende Erwerbsarbeit auf mehr Köpfe zu verteilen; oder ob sie weiter auf ungebremstes Wirtschaftswachstum setzen.

Die Gewerkschaften haben lange gezögert, ehe sie sich zum Kampf für die 35-Stunden-Woche entschieden. Erst jetzt, im neunten Jahr der Millionen-Arbeitslosigkeit, sehen sie in kürzeren Schaffenszeiten „den entscheidenden

Ansatz, um Arbeitslose von der Straße zu holen“ (DGB-Chef Ernst Breit).

Was bisher lief, waren nur Vorgefachte. Richtig heiß soll der Streit um die Zeit erst nach dem Ende der närrischen Tage werden. Von Aschermittwoch an will die IG Metall die gesamte Republik mit einer Serie von Warnstreiks überziehen.

Und nicht nur das: Neben den bundesweiten Kurzstreiks sollen vielerlei Aktionen gestartet werden. In einer Aktion „Unternehmer auf dem Prüfstand“ etwa sollen die IG-Metall-Vertrauensleute den Kollegen am Beispiel ihres Betriebes vorrechnen, daß die von den Metallindustriellen angebotene Vorruhestandsregelung nicht so viele Arbeitsplätze schafft wie die 35-Stunden-Woche.



Gewerkschafter Mayr
„Schwerster Tarifkampf seit 1945“



Arbeitgeber Kirchner
Wirksame Strategie zurechtgelegt

Die Aktion „Jetzt hättest Du Feierabend“ soll helfen, die Werktätigen von den Vorzügen kürzerer Arbeitszeiten für sie selbst zu überzeugen. Eine Stunde vor Schichtende werden die Vertrauensleute der IG Metall die Kollegen in den Betrieben darauf aufmerksam machen, daß sie bei einer 35-Stunden-Woche schon Feierabend hätten. Die Botschaft sei am besten, empfiehlt die IG-Metall-Zentrale, durch Weckergeklänge zu verbreiten.

Neben dem PR-Rummel in den Betrieben plant die Gewerkschaft ein öffentliches Veranstaltungsprogramm. So wollen die Metaller sowohl auf dem Internationalen Frauentag am Donnerstag dieser Woche als auch auf den Ostermärschen der Friedensbewegung für ihre Ziele werben. Pop-Konzerte sollen ebenso für Schub sorgen wie Aufrufe von prominenten Künstlern, Ärzten und Politikern.

Die Kampagnen haben einen doppelten Zweck. Zum einen sollen sie die Metallindustriellen unter Druck setzen. Zum anderen dienen sie dazu, die Basis in den Betrieben für die Gewerkschaftsforderung mobil zu machen.

Das tut not, denn bislang haben die Gewerkschaftsführer für ihre Forderung noch wenig Rückendeckung. Bei einem Treffen der Tarifexperten aus den IG-Metall-Bezirken zogen die Funktionäre eine ernüchternde Bilanz: Nur eine Minderheit der Mitglieder, so ergab eine Übersicht, unterstützt die Gewerkschaftsforderung.

Meinungsumfragen bestätigen dies. Allenfalls ein Drittel der Werktätigen, so die wöchentlichen Befragungen des Emnid-Institutes, befürworten die 35-Stunden-Woche.

Die Reserve gegenüber der IG-Metall-Forderung ist nicht verwunderlich: Viele Arbeitnehmer fürchten, daß weniger Arbeit letztendlich auch weniger Geld bedeutet. Das Gewerkschaftsargument, Arbeitszeitverkürzung helfe neue Jobs zu schaffen und die alten zu sichern, leuchtet längst nicht allen ein.

Seit Monaten hämmert überdies eine große Koalition aus Regierenden, Unternehmern und konservativen Wirtschaftswissenschaftlern den Deutschen ein, die 35-Stunden-Woche sei ein Irrweg. Sie gefährde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und produziere mehr statt weniger Arbeitslose.

Zudem haben sich die Metallarbeitgeber eine wirksame Strategie zurechtgelegt. Statt stur jede Art von Arbeitszeitverkürzung abzulehnen, kontierte Gesamtmetall-Geschäftsführer Dieter Kirchner die Gewerkschaftsforderung mit einem attraktiven Gegenangebot. Schon Ende letzten Jahres bot Kirchner der IG Metall Verhandlungen über die von Arbeitsminister Norbert Blüm propagierte Vorruhestandsregelung sowie über flexible Arbeitszeiten an.

Die IG Metall dagegen beharrte auf der 35-Stunden-Woche. Weder klärte sie

„Wir suchen die Lösung in Verhandlungen“

SPIEGEL-Interview mit dem IG-Metall-Vizechef Franz Steinkühler über Streiks und die 35-Stunden-Woche

SPIEGEL: Herr Steinkühler, weshalb hat die IG Metall so große Probleme, ihre Mitglieder für den Kampf um die 35-Stunden-Woche zu mobilisieren?

STEINKÜHLER: Probleme gab es immer, diesmal allerdings mehr als sonst. Grund dafür ist, daß die hohe Arbeitslosigkeit auf die Stimmung drückt. Außerdem kämpfen wir gegen eine wirkungsvolle Koalition aus Kapital und Kabinett . . .

SPIEGEL: . . . meinen Sie den Bundeskanzler Kohl, der Ihre Forderung für absurd und dumm hält?

STEINKÜHLER: Ja, außerdem verlangt unsere Forderung eine sehr differenzierte Argumentation, differenzierter als jemals zuvor.

SPIEGEL: Bislang hat sich keine Seite in den Tarifverhandlungen bewegt. Wann wird denn nun was passieren?

STEINKÜHLER: Die Verhandlungen haben nichts gebracht, nullum. Wir werden noch eine Weile alle nur denkbaren Möglichkeiten in den Verhandlungen ausschöpfen, um einen Kompromiß zu erreichen. Wir können die Arbeitgeber allerdings nur bewegen, wenn wir sie von unserer Kampfkraft überzeugen. Wir werden beweisen müssen, daß wir kampffähig und kampfbereit sind. Aber nochmals: Wir suchen die Lösung am Verhandlungstisch.

Auf allen Versammlungen, die ich besuche – und ich bin jeden Abend im ganzen Bundesgebiet auf einer anderen –, ist die Stimmung gleich. Die Säle sind proppenvoll, und die Stimmung ist ganz hervorragend. Wenn das ein zuverlässiger Indikator wäre, bräuchten wir uns um unsere Kampfkraft überhaupt keine Sorgen zu machen.

SPIEGEL: Sorgt es Sie wirklich nicht, daß bei manchen Mitgliedern die Argumente der Arbeitgeber und Wissenschaftler Eindruck machen, wonach die 35-Stunden-Woche den Aufschwung abwürgt?

STEINKÜHLER: Mit Sicherheit kann ich Ihnen sagen, daß die Wissenschaftler kein großes Gewicht bei den Mitgliedern haben. Aber natürlich: Wenn man eine solche Auseinandersetzung vor sich hat – und das ist diesmal etwas anderes als eine reine Lohnrunde, das ist eine Forderung von gesellschaftspolitischer Dimension –, dann wäre wohl jeder Gewerkschafter am falschen Platz, der sich keine Sorgen macht.



Gewerkschafter Steinkühler
„Die 40-Stunden-Woche muß fallen“

SPIEGEL: Die Friedenspflicht ist jetzt abgelaufen, wird jetzt Ihre Basis mehr Druck machen?

STEINKÜHLER: Ja, es wird in den nächsten Wochen Warnstreiks geben.

SPIEGEL: Die letzten Verhandlungstermine sind für März angesetzt. Soll danach schon richtig gestreikt werden?

STEINKÜHLER: Es kann auch noch im April Verhandlungen geben. Sicher ist, daß es nicht ewig so weitergehen kann. Verhandlungen verlieren ihren Sinn, wenn die Arbeitgeber dabei bleiben, daß vier Wochen Streik besser sind als eine Minute Arbeitszeitverkürzung. Eine Schlichtung lohnt sich nur, wenn die Arbeitgeber kompromißbereit sind.

SPIEGEL: Und die IG Metall doch wohl auch?

STEINKÜHLER: Wenn wir nicht kompromißbereit wären, würden wir doch nicht verhandeln, sondern den Arbeitgebern einen Brief schreiben und mit Streik drohen. Unsere Forderung heißt 35-Stunden-Woche, das bedeutet aber nicht, daß wir nicht auch mit der 35,5-Stunden-Woche einverstanden wären. Ich kann mir eine ganze Reihe von Lösungsmöglichkeiten vorstellen.

SPIEGEL: Welche sind das?

STEINKÜHLER: Das ist Verhandlungssache. Nur, das setzt voraus, daß die Arbeitgeber bereit sind, sachdienliche Gespräche zu führen.

SPIEGEL: Die 40-Stunden-Woche muß auf jeden Fall weg?

STEINKÜHLER: Ja, das ist unverzichtbar.

SPIEGEL: Heißt das: Bei einer Verkürzung unter 40 Stunden beginnt Ihre Kompromißbereitschaft?

STEINKÜHLER: Das werde ich Ihnen jetzt nicht sagen. Das wird sich am Verhandlungstisch herausstellen.

SPIEGEL: Lassen Sie über den Lohnausgleich mit sich reden?

STEINKÜHLER: Wir reden über Metallarbeiter mit 1740 Mark netto, die drei Jahre Reallohnverlust hinter sich haben. Weiterer Lohnverzicht ist da unmöglich.

SPIEGEL: Flexiblere Arbeitszeiten sind kein Tabu?

STEINKÜHLER: Nein, durchaus nicht, es gibt ja jetzt schon flexible Arbeitszeiten: Überstunden, Kurzarbeit, gleitende Arbeitszeiten, auch Samstagarbeit – das alles waren und sind keine Tabus. Über all diese Dinge kann auch geredet werden, aber zunächst muß das Tabu der 40-Stunden-Woche fallen.

SPIEGEL: Das klingt, als bewegen Sie sich auf die Arbeitgeber zu. Glauben Sie denn nicht, daß ein Streik am Ende überflüssig wird?

STEINKÜHLER: Mit zunehmender Dauer der Verhandlungen schätze ich die Möglichkeiten, einen Streik zu vermeiden, als immer geringer ein. Unsere Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist offensichtlich für die Arbeitgeber nur das Vehikel, die Generalauseinandersetzung zu suchen, um uns kaltzustellen. Die 35-Stunden-Woche ist nur noch ein Vorwand. Die wollen zahnlose Gewerkschaften, um dann ungehindert ihre Interessen durchzusetzen.

die Öffentlichkeit darüber auf, daß dies eine Maximalforderung ist, die nicht in einem Schlag verwirklicht werden soll. Noch stellte sie klar, daß die Metallarbeiter für kürzere Schaffenszeiten auf einen Teil ihres Lohnzuwachses verzichten wollen.

Die Gewerkschaftsfunktionäre propagieren bis heute die mißverständliche Formel vom vollen Lohnausgleich. Sie erwecken damit den Eindruck, die IG Metall schere sich nicht um die Lohnkosten, die rein rechnerisch bei fünf Stunden weniger Arbeit in der Woche und bei gleicher Bezahlung wie bisher um mindestens 14,3 Prozent steigen müßten.

Während die Gewerkschaften noch unverdrossen für fünf Stunden weniger

Aufmerksam notierten Arbeitgeber und Gewerkschafter Vorschläge der Münchner BMW-Werke. Die bayrischen Autobauer würden gern die tägliche Schichtzeit verlängern und wollen auch an Sonnabenden die Bänder laufen lassen. Statt zweimal acht Stunden an fünf Wochentagen sollen künftig sechs Tage lang zwei Neun-Stunden-Schichten gefahren werden.

Diese Lösung brächte allen Seiten Vorteile. Die Fließbänder wären um 35 Prozent besser ausgelastet, weil die Betriebszeit von 80 auf 108 Stunden pro Woche verlängert würde. Die Arbeitnehmer müßten statt bisher 40 nur noch 36 Stunden arbeiten, weil das Unternehmen bei 108 Betriebsstunden eine dritte Schicht einstellen müßte. Es würden also

HESSEN

Grüne Tonne

In Hessen haben sich Rote und Grüne, allen Gegensätzen zum Trotz, auf gemeinsame Programmpunkte geeinigt. Bonner Politiker versuchen, das hessische Modell zu torpedieren.

Der Genosse, der etwas bewegt, verdriet den Genossen, die nicht vorankommen, wie er es zu Hause macht.

„Wißt ihr“, klärte Holger Börner die SPD-Europaabgeordneten in einer Straßburger Weinstube auf, „als einer aus dem Baugewerbe halte ich mich da streng an die Verdingungsordnung für Bauleistungen: Den Zuschlag bekommt, wer das günstigste Angebot abgibt.“

Da baue er jetzt auf die Grünen, erläuterte der gelernte Betonfacharbeiter Börner, die ihn tolerieren würden, ohne selber regieren zu wollen. Und deren Forderungen seien auch nicht unverschämter als das, was ihm während der sozialliberalen Koalition die Freidemokraten in der Atom- und Verkehrspolitik abverlangt hätten. Hält der neue Pakt mit den Alternativen, kann sich Börner auch zurechnen, Hessen in vielem wieder nach vorn gebracht zu haben. Das „Gegengewicht zu Bonn“ jedenfalls, das Wiesbadens SPD laut Wahlwerbung setzen wollte, wiegt schwerer, seit die Grünen mitmachen.

Ogleich noch nicht alle Verhandlungspunkte abgehakt waren, zeichneten sich Ende letzter Woche die Konturen einer hessischen Alternative zur altbackenen Bonner Politik ab. Zwar werden nicht, wie Radikal-Ökologen fordern, die Atommeiler im Lande abgeschaltet, und im Gegensatz zu Wahlkampf-Warnungen der CDU ist auch kein „unwürdiges Schauspiel“ erkennbar und keine „politische Abbruchfirma“ am Werk. Wohl aber ist eine Reihe umwelt- und rechtspolitischer Reformen vereinbart worden, die teils längst überfällig sind.

Kein Bonner Ressort bekommt so viel Contra wie Friedrich Zimmermanns Innenministerium. Der gemeingefährlich laschen Großfeuerungsanlagen-Verordnung, die nach den Vorstellungen des CSU-Ministers den Schadstoffausstoß drosseln soll, aber Umweltexperten zufolge viel zu langsam und auch nicht genügend greift, will Hessen eine eigene Entschwefelungspolitik entgegensetzen:

Die Schwefelschwaden aus den veralteten Braunkohlekraftwerken in Borken und Wölfersheim sollen „kurzfristig“ um die Hälfte reduziert, die gefährlichen Stickoxide vermindert werden. Gegen Börners anfängliche Bedenken („Wir hängen da eine Wurst ins Schau fenster, die sehr teuer ist“) drückte die Öko-Partei das Modell einer „Entstückerungsanlage fortgeschrittener Technik“ durch, für die schon im Haushalt 1984 Mittel bereitzustellen sind.



IG-Metall-Demonstration*: Gesprächsrunde gesprengt

trommeln und die Unternehmer verbissen die 40 Wochenstunden verteidigen, zeichnet sich in manchen Betrieben schon eine Kompromißlinie ab. Dabei würde die Arbeitszeit etwas verringert; gleichzeitig erhielten die Betriebe die Möglichkeit, ihre Maschinen länger laufen zu lassen und so die Kapitalkosten zu senken.

In den Gummiwerken Fulda handelten die Manager mit der IG Chemie aus, daß die Betriebszeit des Unternehmens um etwa zehn Prozent verlängert wird. Die persönliche Schaffenszeit der Arbeitnehmer wird nun von 40 auf 38,5 Stunden herabgesetzt, bei vollem Lohnausgleich. Für die zusätzliche Produktionszeit werden 150 Leute neu eingestellt.

* Letzten Freitag in Hamburg.

auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Für Kompromisse dieser Art ist es jetzt noch zu früh. Der Arbeitgeber-Verband Gesamtmetall und die Gewerkschaft haben sich so tief vergraben, daß wohl nur ein Arbeitskampf die Fronten auflockern kann. Noch in diesem Monat werden die Metaller wohl das Scheitern der Verhandlungen erklären. Anschließend werden die Arbeitgeber wahrscheinlich eine Schlichtung beantragen. Erst danach darf die IG Metall ihre Mitglieder zur Urabstimmung rufen.

Die müßte entweder noch vor Ostern oder in der Woche nach dem Fest stattfinden, damit es bei dem von der IG Metall anvisierten Streikbeginn bleibt – Anfang Mai, pünktlich zum Kampftag der Arbeiterklasse.